

# Neue POLITIK

Kommentar-u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Beiträge zur politischen  
Neuordnung

*Liebe Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

auf Seite 5 befaßt sich Andreas Manthey unter der Überschrift *Wie fahren wir morgen?* mit der "solaren Mobilität". Es steht außer Zweifel, daß das Elektro-Auto eine Möglichkeit ist, Mobilität zu erhalten und den wertvollen Rohstoff Erdöl zu sparen. Es ist nämlich fast pervers, diesen Rohstoff als Futter für unseren Energie- und Bewegungshunger zu verwenden. Erdöl ist ein wichtiger Rohstoff für die chemische Industrie. So mancher lieb gewordener Gebrauchsgegenstand wird mit Hilfe von und aus Erdöl hergestellt.

Nachwievor verlange ich benutzerfreundliche öffentliche Verkehrsmittel, zu denen auch die Eisenbahn gehört. Der Güterfernverkehr sollte weitgehend auf die Schiene verlagert werden. Fachleute beklagen, daß sich die Bahn gegen einen Container-Schnellverkehr sperrt, der die ICE-Trassen verwenden könnte. Mehdorn hat die Deutsche Bahn dank reichlich fließender Steuergelder zum größten Straßenspediteur Deutschlands (u.a. durch Schenker) gemacht.

Im Anschluß an den Artikel von Andreas Manthey gebe ich einen Beitrag von Klaus Anders wieder, der die Energiekrise nicht nur als eine Mangelkrise beschreibt.

Auf Seite 2 finden Sie einen Beitrag von Oliver Wiedmann von **Mehr Demokratie e.V.** Ein Bündnis von Vereinen bemüht sich um ein Volksbegehren und eine Volksinitiative für ein neues Wahlrecht in Berlin. Ich habe schon öfters darauf hingewiesen, daß die "Parteien-Demokratie" eines Korrektivs durch eine Direkte Demokratie bedarf.

Szenenwechsel: Der US-"demokratische" Präsidentschaftskandidat Barack Hussein Obama will den Nachrichten zufolge im Juli/August Europa, und damit auch Deutschland, einen Besuch abstatten.

Ich habe den Eindruck, daß es in Deutschland eine Obama-Euphorie gibt. Ich warne davor, Obama zu überschätzen. Er ist ein "politisches Kind" einer us-amerikanischen Gesellschaft und deren Herrschaftsstrukturen, die seit ihrer Formierung im 18. Jahrhundert die Weltherrschaft anstrebt.

In der Juli/August 2007-Ausgabe von Foreign Affairs sprach sich Obama für die Erneuerung der diplomatischen, moralischen und militärischen Führungsrolle der USA aus. Mit dem Satz "Wir können uns weder aus der Welt zurückziehen noch versuchen, sie in die Unterwerfung zu schikanieren"

verlangte er von den Amerikanern, daß sie "in der Welt führen sollen, in der Tat und als Vorbild".

Obama ist ein Befürworter der Todesstrafe. Er hat eine sehr "lauwarme" Rückzugs-idee aus dem Irak, er ist für den Afghanistan-Krieg und weitgehend ein kritikloser Freund der israelischen Regierung.

Es gibt keine Äußerung von Obama, die vermuten lassen, daß er für eine kritische Überprüfung des Begriffes "Kampf gegen den Terror" ist. Es sieht so aus, daß er diesen Schlachtruf durchaus als propagandistische Waffe gegen die nicht folgsamen Gruppen/Gesellschaften auf dieser Erde hält.

"Als Präsident werde ich sagen: Amerika strebt eine Welt an, in der es keine Nuklearwaffen gibt." Das ist der einzige Satz von Obama, den ich höre, der mir Hoffnung macht.

Obama scheint auf das fixiert zu sein, was in der us-amerikanischen Propaganda als **American Dream** bezeichnet wird und was auf deutsch "vom Tellerwäscher zum Millionär" heißt. Eine merkwürdig verquere Philosophie, die, das sollte die Welt verstehen, durch Kriege gesichert werden muß.

An dieser Stelle einige Bemerkungen zu der "neuen" US-Botschaft am Brandenburger Tor (Pariser Platz) in Berlin. In der amerikafreundlichen Presse-Propaganda in Deutschland wird meistens so getan, als ob es an diesem Standort immer eine us-amerikanische Botschaft gegeben hat. Mitnichten. Erst 1930 kauften die USA das Palais Blücher, Pariser Platz 2, welches während des Kaufaktes abbrannte. Es hat dort nur für kurze Zeit, von 1939 bis 1941 eine funktionierende US-Botschaft gegeben. Jetzt demonstrieren die Vereinigten Staaten ihre Macht über Deutschland, indem sie in unmittelbarer Nähe von Bundestag, Bundesrat und Kanzleramt, im Herzen Berlins, ihre gesichts- und geschichtslose Festung errichtet haben.

Zwei politisch-militärische Entwicklungen machen mir Sorgen. Das sind einmal die us-amerikanischen Atomwaffenarsenale und Militär-Stützpunkte in Europa und das ist zum anderen der, vielleicht?!, bevorstehende Krieg gegen den Iran.

Die letzten Nachrichten über den baulichen Zustand und die Sicherheit der us-amerikanischen Atomwaffenarsenale auf europäischen Boden sind besorgniserregend. Diese US-Atomwaffen müssen aus Europa abgezogen werden und zwar ohne Wenn und Aber. Es ist eine christlich demokratische und deutsche Lüge, wenn behauptet wird, daß wir Deutschen innerhalb der NA-

TO den Einfluß auf den Einsatz von Atomwaffen verlieren, wenn wir auf deren Abzug bestehen. NATO-Länder, die von vornherein die Stationierung von Atomwaffen abgelehnt hatten bzw. im Laufe der Jahre darauf verzichtet haben, sind immer noch an der nuklearen Verteidigungsplanung beteiligt. Die us-amerikanischen Militärstützpunkte, die nicht, oder nur teilweise der NATO unterstehen, sind unverzüglich zu kündigen. Das gilt u.a. auch für die Kommandozentrale der US-Amerikaner in Heidelberg für us-amerikanische Militär- und Geheimdienst-Aktivitäten in Afrika.

Sorgen machen mir auch die Gerüchte um den angeblich bevorstehenden (Atom-)Angriff der USA (bzw. Israels) auf die iranischen Atomanlagen. Lutz Herden schreibt am 13. Juni 2008 u.a.: *>Kommt es dazu noch vor Ende der Ära Bush? - wird wieder gerätselt. Wenn, dann blieben nur die Monate Juli und August. In diesem Fall könnte ein demissionierender Präsident dem republikanischen Nominierungskongress Anfang September ein "Mission accomplished" zurufen. Ob dies freilich dem Kandidaten McCain zur Empfehlung gereicht? Ein Schlag gegen den Demokraten Obama wäre ein Militärschlag gegen Iran zweifellos. Dem Patrioten Obama bliebe nur der Schulteranschlag mit dem Patrioten McCain und damit kaum Platz für den feinen Unterschied.<* Anderen Quellen entnehme ich, daß die us-amerikanischen Geheimdienste bei einem solchen Angriff mit 20 Millionen Toten rechnen, beim "Gegner" natürlich. Diese irre Zahl ist gar nicht so "an der Wirklichkeit vorbei". Die Wirklichkeit ist von einer in unterschiedlichsten Tonlagen geführten Diskussion bestimmt, ob es auf dieser Erde nicht doch zu viele Menschen gibt, vor allem dann, wenn der Lebensstandard der "christlichen" Länder, so wie er noch ist, für die Menschen auf der nördlichen Halbkugel erhalten bleiben soll.

Trotz aller Sorgen, ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer!

Bitte bestellen Sie umgehend die Bücher beim Buchdienst des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK, die Sie im Urlaub lesen wollen.

Die nächste Ausgabe erscheint im September 2008.

Mit freundlichen Grüßen



(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 24. Juli 2008



# Europa

(D.K.) Den Iren sei Dank. 53,4 % der irischen Wähler haben in der Volksabstimmung am 12. Juni d.J. den aktuellen "Lissabon-Reformvertrag" abgelehnt. Lediglich die geringe Wahlbeteiligung von 53,1 % ist ein Wermutstropfen bei diesem historischen Ereignis. Der irische Justizminister Dermot Ahern nannte das Ergebnis eine Niederlage der irischen Regierung und der Politik insgesamt, da alle großen Parteien Irlands für die Annahme des Vertrags plädiert hatten.

Laut Silvia-Yvonne Kaufmann, Europa-Abgeordnete der deutschen Partei DIE LINKE; hat der irische EU-Kommissar (so eine Art Minister in der europäischen "Regierung") erklärt, er habe den Vertrag nicht gelesen. Frithjof Schmidt, Europa-Abgeordneter der deutschen Partei DIE GRÜNEN, berichtet das Gleiche vom irischen Premierminister Cowen. Übrigens gab es auch Abgeordnete des Deutschen Bundestages, meines Wissens quer durch alle Parteien, die zwar über den Europavertrag abgestimmt hatten, aber danach bekannten, ihn nicht gelesen zu haben. Eine prachthvolle "europäische, politische Elite"!!! Die Aufregung in der EU-Hauptstadt Brüssel über den Widerstand der Iren gegen den "Lissabon-Reformvertrag" war groß, bis sie mit einem Mal fast "zusammenbrach". Nun wird die "Unbotmäßigkeit" der Iren erst wieder Thema im Oktober 2008 sein. Merkwürdig.

In der Wochenzeitschrift FREITAG vom 27. Juni 2008 schrieb Andreas Fisahn unter der Überschrift **Letzte Ausfahrt Dublin** u.a. folgendes: > *Die Reaktionen des politischen Establishments auf das Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag, dem Nein zur Fortsetzung des neoliberalen Umbaus der Gesellschaften über den Umweg Europa, fielen so aus, wie das zu erwarten war: Die Ablehnung zeige die Unreife des irischen Volkes, das aus den unterschiedlichsten Motiven dagegen gestimmt habe. Daß sich in diesem Votum auch die Abneigung gegen den undemokratischen, unsozialen und militaristischen Geist des Vertrages spiegeln könnte, schien kaum der Erwähnung wert. Stattdessen setzt sich die Arroganz gegenüber einer demokratischen Entscheidung als wahrhaft demokratische Gesinnung in Szene: "Es kann ja nicht sein", erklärt Innenminister Schäuble, "daß ein paar Millionen Iren für 495 Millionen Europäer die Entscheidung treffen." Den eigentlichen Skandal verdeckt diese Äußerung, daß nämlich "ein paar Millionen Iren" für 495 Millionen Europäer abstimmen mußten, weil die gar nicht erst gefragt wurden.* <

Handelt es sich bei dem Projekt Europa um ein europäisches oder um ein us-amerikanisches Projekt? Der "Kampf gegen den Terror", die totale Kontrolle der Bürger mit den modernen elektronischen Möglichkeiten und die soziale Unterwerfung der Menschen unter einen globalisierten Neoliberalismus scheint mir ein Herrschafts-Projekt einer us-stämmigen politischen und wirtschaftlichen Oligarchie zu sein.

Am 24. April 2008 stimmte der Deutsche Bundestag mit 515 Ja-Stimmen bei 58 Gegenstimmen und einer Enthaltung für den Vertrag. Am 23. Mai 2008 stimmte der Deutsche Bundesrat mit

66 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen für den EU-Vertrag.

Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler hat bisher das Zustimmungsgesetz zum aktuellen "Lissabon-Reformvertrag" **nicht ausgefertigt** (unterschieden). Der offizielle Grund sind die Verfassungsklagen des CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Peter Gauweiler und der Partei DIE LINKE.

Ich dokumentiere in dieser Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes die Erklärung Gauweilers zum aktuellen "Lissabon-Vertrag". Leider habe ich kein entsprechendes Dokument der Partei DIE LINKE gefunden.

Merkwürdigerweise spielt die fehlende Unterschrift des Bundespräsidenten und die Erklärung Gauweilers in der "veröffentlichten Meinung" in Deutschland absolut keine Rolle. Der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski hat den vom polnischen Parlament beschlossenen und von der Regierung vertretenen EU-Vertrag unterschrieben, verweigert aber die Unterschrift unter dem Ratifizierungsvertrag (Nachricht 30. Juni/1. Juli 2008). Das ist alles schrecklich kompliziert. Pikanterweise hat Lech Kaczynski die polnische Version des Vertrages höchstpersönlich ausgehandelt. Der tschechische Präsident Václav Klaus macht seine Unterschrift von einer Entscheidung des tschechischen Verfassungsgerichtes abhängig. Václav Klaus befürchtet den Verlust staatlicher Souveränität. Parlament und Regierung haben dem Vertrag zugestimmt.

Mögen die Motive der Präsidenten Deutschlands, Polens und Tschechiens sehr unterschiedlich sein - in allen drei Staaten hat es keine Volksabstimmungen über den "Lissabon-Reformvertrag" gegeben.

In der Wochenzeitschrift FREITAG vom 20. Juni fand ich die treffende Zwischenüberschrift: **Im irischen Nein spiegelt sich die Angst vor Fremdbestimmung.**

Die Nachrichten aus Irland über die Gründe der Ablehnung des "Lissabon-Reformvertrages" sind spärlich. Die Gründe scheinen weitgehend mit denen Gauweilers übereinzustimmen. Außerdem scheinen die meisten Iren das Vertragswerk, welches einstmalig Verfassung hieß, nicht verstanden zu haben. Je nach Layout umfaßt das Vertragswerk 500 bis 700 Seiten. Es ist vom Umfang her und seiner juristisch-bürokratischen Schreibweise nach selbst für einen gut gebildeten Normalbürger kaum lesbar. Keiner kann für etwas mit Ja stimmen, was er nicht verstanden hat. Das wird allen Europäern so gehen. Deshalb haben alle anderen europäischen Regierungen Volksabstimmungen wie "der Teufel das Weihwasser" gemieden. Die politischen Oligarchien der europäischen Länder halten nicht viel von Demokratie. Deshalb ist es völlig unklar geblieben, ob die Völker Europas hinter dieser Europäischen Union (EU) stehen.

Der "Lissabon-Vertrag" ist, wie die Einführung der Währung EURO, ein neoliberales Projekt der Konzerne und ihrer Globalisierung. Die Abschaffung der Wirtschaftsgrenzen in Europa unter Beibehaltung leicht unterschiedlicher Steu-

ersysteme und Einführung von reichlichen und unübersichtlichen (bürokratischen) europäischen ("brüsseler") Subventionen (auf Kosten des Steuerzahlers = des normalen Bürgers) schaffen optimale Voraussetzungen für "Investoren" und ihre Profite. Die Einführung des EURO hatte und hat den Vorteil, daß das wirtschaftlich stärkste EURO-Land (die Bundesrepublik Deutschland) die Außenhandelsdefizite der wirtschaftlich Schwachen mitträgt. Damit ist - mittelfristig - "bis der Krug, der zum Brunnen geht, bricht" - Umsatz und Profit der Konzerne auch in den schwachen EURO-Ländern gesichert. Dabei hat es kurzfristig den Anschein, daß sich in den armen EURO-Ländern die soziale Lage verbessert. Das war übrigens in Irland auch der Fall. Aber schon jetzt, nach einer kurzen Blütezeit, wird die "Schere" zwischen Arm und Reich in Irland und anderswo wieder größer.

Die "europäische" Idee, den europäischen Nationalstaaten die Stachel der Kriege zu nehmen, war, das will ich mal annehmen, gut gemeint. Diese Idee ging aber von falschen Voraussetzungen aus. Beide Weltkriege des vorigen Jahrhunderts, die ja im wesentlichen europäische Kriege zu sein schienen, sind auch Rohstoff- und Industrie-(Welt)Kriege gewesen, wie fast alle Kriege danach bis zum aktuellen Irak- und Afghanistan-Krieg. Diese vergangenen und die aktuellen Kriege sind Teil der Machtausübung einer globalen Wirtschafts-Oligarchie.

"Nur ein vereintes Europa ist stark" - tönt es aus allen Lautsprechern. Aus meinem Blickwinkel wäre ein vereintes, dezentrales, unbewaffnetes Europa stark, in dem Direkte Demokratie, Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe (u.a. umlaufgesichertes Geld und keine Finanzierung von Rohstoffkriegen = von Angriffskriegen) und die Bewahrung und Förderung der Kulturen der europäischen Bürger = Völker (u.a. auch Sprachen, "nachhaltiges Wirtschaften", Umweltschutz und Bescheidenheit) eine wesentliche Rolle spielen.

Ich bin nachwievor für eine gesamteuropäische Freihandelszone, in der möglichst viele politische und auch wirtschaftliche Entscheidungen unten, von dem Bürger, an der Basis, getroffen werden, in demokratischer Abstimmung und mit sehr wenig Bürokratie in Brüssel. Sie sollte sich auf Informationen für den Bürger konzentrieren.

Charles de Gaulle (1890-1970), französischer General und konservativer Präsident der Französischen Republik von 1959 bis 1969 sprach von einem "Europa der Vaterländer". Können wir diese ansprechende Formulierung mit dem Geist des sozialen Friedens und der direkten Demokratie füllen?

Illusionen? Das wird sich zeigen. Der alte Streit zwischen dem "Zwang der Umstände" und der "politischen Bewußtseinsbildung" ist noch nicht entschieden. Der "Zwang der Umstände" bringt meistens Elend (und Krieg), die "politische Bewußtseinsbildung" - Artur Mahraun nannte es auch "Protest des Individuums" - könnte Frieden bringen. - und einen gewaltigen Sprung menschlicher Kultur nach vorne. □

# Dokumentation

Dr. Peter Gauweiler

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Unterausschusses

"Kultur- und Bildungspolitik"

Bayerischer Staatsminister a.D.

## Erklärung gemäß § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur Abstimmung über das Gesetz zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007 (BT-Drs. 16/8300) und die Begleitgesetze, nämlich das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (BT-Drs. 16/8488) und das Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (BT-Drs. 16/8489)

Nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages erklärte die Bundeskanzlerin, daß für die zukünftige Integrationspolitik der Europäischen Gemeinschaft "Weniger ein Mehr" sein werde. Dieser Vorgabe hätte entsprochen werden können, wenn dem - von den Regierungschefs als Ersatz für den Verfassungsvertrag beschlossenen "Lissabon-Vertrages" - seitens des Deutschen Bundestages folgende Klarstellung vorgegeben worden wäre:

1. Dieser Vertrag führt nicht zum Übergang der Kompetenzhoheit (Kompetenz-Kompetenz) von den Mitgliedstaaten auf die Europäische Union. Deshalb behält für die Bundesrepublik Deutschland das Bundesverfassungsgericht die Zuständigkeit, darüber zu entscheiden, ob ein Rechtsakt der Europäischen Union die Grenzen der von den Mitgliedstaaten in den Verträgen erteilten Ermächtigung überschritten hat.
2. Dieser Vertrag bewirkt nicht, daß die Europäische Union den Status eines Bundesstaates erhält; sie bleibt ein Staatenverbund.
3. Dieser Vertrag darf nicht so ausgelegt werden, daß die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland ihre Staatlichkeit, wie sie nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorgegeben ist, verlieren.
4. Eigenmittelbeschlüsse nach Art. 311 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union bedürfen in Deutschland der Zustimmung in Form eines Zustimmungsgesetzes.

Da die Abgabe einer solchen Erklärung innerhalb der regierenden Großen Koalition nicht durchgesetzt werden konnte, kann ich aus folgenden Gründen weder dem Vertrag von Lissabon noch den Begleitgesetzen zustimmen:

- I. Während der Vertrag von Maastricht die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Zusammenarbeit in den Bereichen Innere Sicherheit und Justizpolitik als "zweite und dritte Säule" zwar unter das Dach der Europäischen Union stellte, aber nicht vergemeinschaftete, sondern auf der Ebene der "intergouvernementalen" Kooperation beließ, erhebt der Vertrag

von Lissabon die Europäische Union zur Rechtspersönlichkeit auf der Ebene des Völkerrechts und vergemeinschaftet die bisherige "dritte Säule". Die Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Verteidigungspolitik und der Durchführung militärischer Missionen, insbesondere "Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung" und militärische Terrorismusbekämpfung in Drittstaaten, gehören nach dem neuen Vertrag ebenso zu den Aufgaben der Europäischen Union wie Terrorismusbekämpfung im Innern, Asyl- und Einwanderungspolitik, Angleichung von Rechtsvorschriften im Zivilrecht und Erlaß von "Mindestvorschriften" im Strafrecht oder Strafverfolgung durch Staatsanwaltschaft und Polizei. Durch diese vorbehaltlose Konzentration von Macht wird der europäische Staatenbund in einen kontinentalen Zentralstaat verwandelt.

- II. Diese neue Europäische Union des Vertrages von Lissabon beansprucht, über das bisherige EU-Recht hinaus, daß ihr Recht - nicht nur ihr im Vertrag von Lissabon formuliertes faktisches "Verfassungsrecht", sondern auch jede Richtlinie und Verordnung - Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten, einschließlich deren Verfassungsrecht, hat. Damit ist für die Deutschen der letztverbindliche Schutz des Grundgesetzes und der Schutz der Länderverfassungen durch die deutsche Exekutive und die deutsche Gerichtsbarkeit zur Disposition gestellt beziehungsweise beseitigt. Die vorbehaltlose Zustimmung zu diesem Vertrage entmachtet nicht nur die gewählte Volksvertretung, sondern auch das Bundesverfassungsgericht und überträgt die Kompetenz zur verbindlichen Entscheidung aller das Verhältnis zwischen Europäischer Union und Mitgliedstaaten betreffenden Kompetenzfragen dem Gerichtshof der Europäischen Union. Die letztentscheidende "Kompetenz-Kompetenz" - insbesondere für den Schutz der Grundrechte - liegt daher künftig nicht mehr in Karlsruhe, sondern in Luxemburg. Deshalb kann auch das im Lissabonvertrag beschriebene "Subsidiaritätsprinzip" die Kompetenzfülle der Europäischen Union nicht wirksam begrenzen; auch über die Tragweite dieses "Subsidiaritätsprinzips" entscheidet der ausschließlich den EU-Vertragszielen verpflichtete EU-Gerichtshof und nicht mehr das Bundesverfassungsgericht. Selbst das Verhältnis des EU-Gerichtshofes zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, bei dem Bundesbürger nach jahrelanger Verfahrensdauer noch Schutz vor Willkürakten europäischer Institutionen erstreiten könnten, ist völlig ungeklärt.

- III. Mit der vorbehaltlosen Zustimmung zum Vertrag von Lissabon überschreitet der Bundestag die Grenzen der Integrationser-

mächtigung, die Art. 23 Abs. 1 GG formuliert und verstößt zugleich gegen unabänderliche Verfassungsprinzipien im Sinne von Art. 79 Abs. 3 GG. Zu den unabänderlichen Verfassungsprinzipien gehört nämlich die souveräne Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Diese wird aufgegeben, wenn - wie dies im Vertrag von Lissabon geschieht - die Kompetenz-Kompetenz für die letztverbindliche Entscheidung über den Umfang der Kompetenzen auf eine übernationale Instanz übertragen wird. Eine solche Entscheidung könnte nur das Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt - durch Volksabstimmung - treffen, nicht aber der verfassungsgebende Gesetzgeber

- IV. Zu den unabänderlichen Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Länder gehört das Demokratieprinzip: Alle Staatsgewalt muß vom Volke ausgehen. Auch dieses Prinzip wird durch den Vertrag von Lissabon verletzt. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Maastricht-Urteil entschieden, daß im europäischen Staatenverbund nur dann eine hinreichende demokratische Legitimation gegeben sei, wenn diese maßgeblich von den Völkern der Mitgliedstaaten ausgehe und wenn auf der Ebene der Mitgliedstaaten den Parlamenten Entscheidungsbefugnisse von hinreichendem substantiellem Gewicht verblieben. Beides ist nach dem Vertrag von Lissabon nicht mehr der Fall: Die Entscheidungsbefugnisse der nationalen Parlamente werden ausgehöhlt, und die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen können nicht mehr hinreichend von den Völkern der Mitgliedstaaten - über deren Regierungsvertreter im Rat - legitimiert werden, weil es auf deren Stimme nach dem Abschied vom Konsensprinzip zugunsten von Mehrheitsentscheidungen nicht mehr ankommt. Durch die Entleerung der Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Deutschland wird vor allem auch das Grundrecht jedes Bürgers aus Art. 38 GG verletzt, durch seine Teilnahme an der Bundestagswahl an der demokratischen Legitimation der regierenden Hoheitsgewalt mitzuwirken und die Träger dieser Hoheitsgewalt nicht nur wählen, sondern auch abwählen zu können.

- V. Dieser Verlust an demokratischer Legitimation wird durch die dem Europäischen Parlament zuerkannten zusätzlichen Mitentscheidungsrechte nicht annähernd kompensiert. Eine europäische Demokratie könnte nur von einem europäischen Staatsvolk ausgehen, das auf der Basis der demokratischen Gleichheit ein Parlament wählt, welches nach Wahlverfahren und Entscheidungszuständigkeiten im Unterschied zum Europäischen Parlament diesen Namen wirklich verdient.

VI. Im Übrigen sind auch die Begleitgesetze mit dem Demokratieprinzip unvereinbar:

- a. Nach Art. 48 Abs. 7 EUV i.d.F. des Vertrages von Lissabon kann der Europäische Rat beschließen, zur Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen, wo bisher nach den Verträgen Einstimmigkeit vorgesehen ist. Ein solcher Beschluß kann die noch verbliebenen Einflußmöglichkeiten der nationalen Parlamente nochmals erheblich mindern. Der Sache nach geht es bei Beschlüssen nach Art. 48 Abs. 7 EUV um Änderungen der EU-Verträge, für die normalerweise ein Zustimmungsgesetz erforderlich ist und die hier im vereinfachten Verfahren ("Brückenklausel") beschlossen werden. Die Rechte der nationalen Parlamente werden dabei durch das Recht zur Ablehnung der Initiative in sofern noch gewahrt. Dieses nach dem Vertrag dem Bundestag zustehende Recht wird aber durch das Ausführungsgesetz weitgehend beseitigt, denn in Bezug auf viele Materien ist nach diesem Gesetz die Ablehnung des Bundestages unbeachtlich, wenn der Bundesrat anderer Auffassung ist. Dies ist um so gravierender, als sich die im Wege der "Brückenklausel" beschlossenen Vertragsänderungen innerstaatlich als Verfassungsänderungen auswirken. Daß solche Änderungen ohne Zustimmung und sogar gegen den erklärten Willen des Bundestages stattfinden können, ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.
- b. Politisch ist es sicherlich zu begrüßen, daß die Rechte der parlamentarischen Minderheit gesichert werden sollen, indem ein Viertel der Mitglieder des Bundestages eine Subsidiaritätsklage initiieren kann. Dieses berechnete Anliegen wird jedoch in verfassungswidriger und perplexer Weise verwirklicht: Eine Minderheit kann den Bundestag verpflichten, Klage zu erheben, obwohl die große Mehrheit dies nicht will. Die Klage wird also nicht - wie es im Rahmen unserer verfassungsrechtlichen Organklage geregelt ist - von der Minderheit erhoben, sondern vom gesamten Bundestag gegen seinen Willen. Dies ist mit dem demokratischen Mehrheitsprinzip nicht vereinbar und verstößt auch gegen das Prinzip der repräsentativen Demokratie. Das Volk wird vom Bundestag im ganzen nach Maßgabe des Mehrheitsprinzips repräsentiert. Wenn der Wille einer parlamentarischen Minderheit nach außen als der Wille des Parlaments dargestellt wird, verstößt dies gegen das demokratische Repräsentationsprinzip. Da das Demokratieprinzip zu den nach Art. 79 III GG unabänderlichen Verfassungsprinzipien gehört, nützt es auch nichts, daß Art. 23 GG entsprechend

geändert werden soll. Außerdem führt diese Regelung dazu, daß auf der anderen Seite im Verfahren vor dem EU-Gerichtshof der Wille der parlamentarischen Minderheit nicht mit Nachdruck verfochten werden wird. Denn die parlamentarische Minderheit führt nicht selbst den Prozess; die Prozessführung obliegt nach § 3 V des Begleitgesetzes dem Bundestag, der seinerseits durch den Bundestagspräsidenten handelt. Dadurch wird der positiv zu beurteilende Minderheitenschutz in der Praxis erheblich relativiert. □

## Wie fahren wir morgen?

von Andreas Manthey

Täglich überraschen uns neue Meldungen, mit welchen Fahrzeugantrieben wir morgen unterwegs sein sollen. Die Autoindustrie beschwört die Politik, möglichst keine Technologie festzuschreiben, das möchte die Industrie gern in den eigenen Händen behalten. Die Verbrennungsmotoren bieten noch soviel Optimierungspotential... Die Frage ist, ob auch die Glühbirne noch soviel Optimierungspotential böte, bis sie zur Energiesparlampe wird. Denn manchmal ist es so, daß man einfach mal das technische Prinzip ändern muß, um zu Quantensprüngen und echten Innovationen zu kommen; und so ist es auch bei den Fahrzeugantrieben. Systemimmanent wird der Verbrennungsmotor, Wirkungsgrad im Auto-Betrieb 5-25%, nie den Wirkungsgrad des Elektromotors, Wirkungsgrad 80-98% erreichen. Das heißt, von jedem Liter Kraftstoff, die der autofahrende Bundesbürger tankt, werden nur wenige Prozent in Antriebsleistung umgesetzt, der Rest heizt die Umwelt. Ja, aber man könnte doch mit Biokraftstoffen... "Ja, aber" sagt da der treue Radio Eriwan-Hörer, "davon wird der Motor nicht effizienter". Um auf einem Hektar Fläche möglichst viele Fahrzeug-Kilometer umweltfreundlich zu erzeugen, gibt es verschiedene Möglichkeiten: Wenn man Raps oder Sonnenblumen anbaut und aus den Samen Pflanzenöl presst, könnten hiermit Diesel-Fahrzeuge angetrieben werden. Pro Hektar können so ca. 20.000 Kilometer pro Jahr erzeugt werden. Falls nicht nur die Samen, sondern die ganze Pflanze genutzt wird, z.B. beim so genannten "Biomass-to-Liquid" BtL, oder auch Pflanzenkraftstoffen der 2. Generation, sind bereits 60.000 Kilometer, bei Biogas sogar 67.000 Kilometer pro Jahr möglich. Wenn man aber auf diese Fläche eine locker aufgestellte Solarstromanlage baut und mit dem erzeugten Strom Elektrofahrzeuge auflädt, dann kann man nicht nur zwischen 20.000 und 67.000 Kilometer pro Jahr fahren, sondern 3.200.000 Kilometer, also etwa das 100-fache. Das heißt also ein Biokraftstoff-Fahrzeug oder 100 Solar-Elektrofahrzeuge werden auf der gleichen Fläche versorgt. Biokraftstoffe ent-

stehen aber auch als Abfallprodukt der Viehwirtschaft. Wenn Pflanzenöl gepresst wird entsteht Rapskuchen, der gern an Tiere verfüttert wird. Biokraftstoffe sollten daher vor allem dort eingesetzt werden, wo der Elektroantrieb heute noch keine Lösungen bietet, z.B. beim 40-Tonner-Lkw im Fernverkehr, soweit dieser nicht besser mit der Bahn erledigt werden kann.

Durch die Handys, die Laptop-Computer und die Akkuwerkzeuge hat die Stromspeichertechnologie in den letzten Jahren einen erheblichen Sprung nach vorn gemacht. Heute sind Akkus in Serie verfügbar, von denen vor ein paar Jahren noch niemand zu träumen wagte. Technisch ist es möglich, ein Elektrofahrzeug mit einer Reichweite von 500 Kilometern zu bauen. Da der Akku aber das teuerste Bauteil des Fahrzeugs ist, wäre das nicht sinnvoll, wenn man dann nicht auch regelmäßig so weit fahren würde. Sinnvoller ist wahrscheinlich die Reichweite auf 100 bis 150 Kilometer zu beschränken und wenn man weiter fahren möchte, einen Stromgenerator auszuleihen, der dann die Batterie während der Fahrt wieder nachladen kann. Mittelfristig könnten Batterie-Container bereitgestellt werden, die zur elektrischen Pufferung des öffentlichen Stromnetzes dienen. So etwas gibt es bereits in den USA, wo die Stromnetze nicht ganz so stabil sind wie in Deutschland. Eine weitere Möglichkeit wäre, an diesen Batterie-Stationen die Fahrzeugbatterie wieder aufzuladen, was etwa 5-10 Minuten in Anspruch nähme, wenn man die passenden Kabel und Anschlüsse parat hat.

Die immer wieder als Königsweg gehandelte Option Wasserstoff-Brennstoffzelle braucht viermal soviel Energie pro Fahrstrecke, als batterie-elektrische Fahrzeuge.

Wer sich über die Möglichkeiten, Fahrzeuge umweltfreundlich und nachhaltig anzutreiben, genauer informieren möchte, kann im Oktober nach Berlin kommen. Vom 15. bis 17. Oktober findet auf dem Berliner Messegelände die Veranstaltung Ecomove statt. Unter der Schirmherrschaft von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel werden Vorträge gehalten und Fahrzeuge gezeigt. So wird Toyota seine neuen Plug-In Hybridfahrzeuge vorstellen, Hybridfahrzeuge, die etwa 30-50 Kilometer ohne Verbrennungsmotor fahren können, und die an der heimischen Steckdose wieder aufgeladen werden. Dies erspart die Aufladung über den ineffizienten Verbrennungsmotor. Das aktuelle Kongressprogramm finden Sie unter [www.ecomove-berlin.de](http://www.ecomove-berlin.de).

Für weitere Informationen über umweltfreundliche Fahrzeuge gibt es neuerdings die Zeitschrift *Ecomobil*, deren erste Ausgabe mit 192 Seiten seit dem 4. Juli im Zeitschriftenhandel zum Preis von € 5,90 erhältlich ist. Andreas Manthey hat die Fachartikel über Elektro- und Hybrid-Fahrzeuge geschrieben und steht für Rückfragen unter der Rufnummer 0177/3123119 zur Verfügung. Der Berliner Aussendung des Kommentar- und Informationsbriefes liegt ein ecomove-Faltprospekt bei. □

## Kleiner Kulturspiegel

### MULTIKULTI "Wie die Primaten"

(aus Focus 24/2008 von  
Frank Hauke-Steller und Ulrike Plewina)

Mit Sicherheitskräften und Null-Toleranz-Strategie wollen sich Berliner Freibäder gegen **extrem aggressive Jugendliche** wehren. Die Saison war noch keine Woche alt, da rückte bereits die Polizei im Sommerbad Kreuzberg an: Ein Streit aus nichtigem Anlaß eskalierte am warmen Pfingstmontag zu einem Massentumult. Vier junge Araber wurden festgenommen, darunter zwei mit Haftbefehl gesuchte Intensivtäter. Als die Prügler einigermaßen unter Kontrolle waren, fingen deren Kumpane zu randalieren an - und ließen sich von den Sicherheitskräften nur mit Hilfe eines Schäferhunds bändigen.

Aggressive Jugendliche verwandeln die traditionsreichen Berliner Bäder in gefährliche Orte. Immer wieder berichten die Medien über Schlägereien, Messerstechereien, sexuelle Belästigungen und Raubtaten. Damit soll jetzt Schluß sein: Die Bäder-Betriebe setzen in dieser Saison auf eine Null-Toleranz-Strategie. Die Schwimmmeister sollen rigoros

Ergänzungen zu  
**MULTIKULTI**  
"Wie die Primaten"  
(aus Focus 24/2008)

(D.K.) Auf den Text aus FOCUS hat mich Alfred Mecht-ersheimer, www.deutschland-bewegung.de, durch die Zusendung seines **Pressespiegels** hingewiesen. Freunde und Bekannte hatten mir schon vor Monaten von solchen Vorkommnissen in Berliner Schwimmbädern berichtet. Da ich der vielleicht altmodischen Auffassung bin,

daß die geschilderten Verhaltensweisen **extrem aggressiver Jugendlicher** kulturelle Probleme sind, habe ich **Kleiner Kulturspiegel** als Überschrift gewählt. Wachleute, die möglicherweise zu der gleichen sozialen Schichtung gehören "**wie die Primaten**", und dann auch noch mit Schäferhunden "bewaffnet", sind nun wahrlich nicht die geeigneten Personen, ein Miteinander von Menschen und Kulturen herzustellen. Ich schlage vor, Schäuble (persönlich, darauf lege ich großen Wert) mit ministerialem Gefolge und die Vorstände der muslimischen Vereine erscheinen für zwei Jahre während der Saison einmal in der Woche gemeinsam in einem der Berliner Bäder, abwechselnd und unangemeldet, um praxisnahe Erziehungsarbeit zu leisten.

Als besonders schlimm empfinde ich die sexuelle Anmache von Frauen und jungen Mädchen durch muslimische Jugendliche.

Noch besser wäre es, wir hätten eine basisdemokratische Ordnung durch Politische Nachbarschaften, die bei solchen Kulturlosigkeiten (Pöbeleien) eingreifen müßten.

durchgreifen. "Wir unterbinden schon die kleinsten Pöbeleien", erklärt Bäder-Chef Klaus Lipinsky. Er machte Andreas Pfitzner, einen Mann mit 17-jähriger Polizeierfahrung, zum Sicherheitsbeauftragten. Wachschützer mit Hunden patrouillieren nun in allen Bädern. "Wegen des alltäglichen Terrors trauen sich normale Besucher nicht mehr zu uns. Wir wollen die Familien zurückgewinnen", stellt der 37-jährige Pfitzner fest.

Bereits in den ersten Tagen setzte es berlinweit mehr als 150 Hausverbote. Auf der Liste der Verbannten stehen laut Pfitzner nur vier deutsche Namen. Störenfriede sind fast ausschließlich Jugendliche mit so genanntem Migrationshintergrund.

Das einst so beliebte Familienbad im bürgerlichen Pankow gilt heute als gefährlicher Ort. Schon sechs Stunden nach dem Anbaden kam es zum ersten schweren Zwischenfall. Ein 14-jähriger Türke, der sich an der Rutsche vordrängelte, brach einem gleichaltrigen Deutschen mit der Faust das Nasenbein. Das Pankower Bad lockt Gäste an, die in den Bädern des benachbarten sozialen Brennpunkts Wedding bereits Hausverbote erhielten. Brutaler Höhepunkt im Sommer 2006: Etwa 200 Krawalleure rotteten sich zusammen, bedrohten Badegäste und demolierten das Bad. "Erstmals mußten wir es räumen lassen", erinnert sich Badleiter Joachim Feick. In der Woche darauf sicherten täglich 80 Polizisten, davon jeder dritte mit Hund, den Betrieb.

In der vergangenen Saison registrierte Sicherheitschef Pfitzner allein im Pankower Bad 255 Straftaten. "Die Dunkelziffer ist deutlich höher", glaubt er. Feick unterstützt den harten Kurs: "Es wird sich herumsprechen, daß wir konsequent eingreifen, wenn sich jemand danebenbenimmt."

Pöbeln, Schubsen, Rangeln sowie gewalttätige Übergriffe prägen an heißen Nachmittagen das Bild auch im weitläufigen Sommerbad Kreuzberg und in anderen Freibädern der Hauptstadt: "Viele Besucher verhalten sich

wie Primaten, und es sind leider fast ausschließlich Ausländer", klagt der Kreuzberger Badleiter Erhard Kraatz. Genervt berichtet der 54-jährige von "fast täglichen Polizeieinsätzen". Kraatz ärgert auch, daß er sich "von siebenjährigen Knirpsen als Christenschwein' beschimpfen lassen muß". Das langjährige SPD-Mitglied kann mit Multikulti nicht mehr viel anfangen: "Wir sind immer nur tolerant, umgekehrt schlägt uns nur Intoleranz entgegen."

Auch Schwimmmeister Manuel Skora, 38, ärgert sich: "Wir kommen uns vor wie Sozialarbeiter. Diesen Beruf habe ich aber nicht gelernt. Ich bin ausgebildet, Leben zu retten." Sein Kollege Ilo Kuyubazıoglu nimmt derweil am Schwimmbassin eine Gruppe dunkelhäutiger Halbstarke ins Visier. Per Funkgerät ist er mit den Kollegen verbunden. "Die Aggressoren sind uns meist schon bekannt, es sind oft arabische Jungen", sagt der muskelbepackte Typ. Er erlaubt sich keinerlei anbiedernden Humor: "Sonst bin ich für die nur noch Mickymaus."

Obwohl selbst türkischer Herkunft und aus dem Kreuzberger Kiez, kennt der 30-jährige kein Pardon: "Es nutzt nichts, diese Jungs zu ermahnen. Da hilft nur die harte Linie."

Als er vor Kurzem beobachtete, wie eine Gruppe Jugendlicher eine Frau im Becken immer wieder belästigte, rief er sofort die Polizei. Schwimmmeister Kuyubazıoglu graut vor dem erhöhten Andrang in den Sommerferien. "Dann eskaliert es hier wieder", befürchtet er. "Mit meiner kleinen Tochter käme ich nie hierher."

Aus Angst vor dem ganz normalen Badterror entschieden sich kürzlich in Pankow die Schüler einer neunten Klasse des Max-Delbrück-Gymnasiums dagegen, ihren Wandertag im Freibad zu verbringen. "Das ist da echt zu stressig", begründete ein 15-jähriger das Abstimmungsergebnis. Die Klasse ging lieber bowlen - bei 32 Grad.

(D.K.) Vor fast einem Jahr, am 16. Mai 2007, war ich das erste Mal im WINTERGARTEN, einem Varieté in der Potsdamer Straße. Damals habe ich die Geschichte des Theaters geschildert. Sie können den Bericht unter [www.neuepolitik.com](http://www.neuepolitik.com) nachlesen.

Diesmal sah und hörte ich am Mittwoch, den 4. Juni 2008, die mit Interpreten bzw. Artisten aus vielen europäischen Ländern besetzte Revue *Dekolleté*. Überwiegend junge Sängerrinnen, Sänger, Artistinnen und Artisten spielten zum Teil atemberaubende Nummern. Eingebettet ist alles in einer losen Handlung, deren Inhaltsbeschreibung ich von der Webseite des WINTERGARTEN herunterkopiert habe: > *Berlin 2008: Junge Modedesigner arbeiten an den Kreationen für ihre Abschlußgala zum Thema "Dekolleté der 20er Jahre - im Stil von heute". Sie lassen sich von der Musik der zwanziger Jahre inspirieren, holen sich Anregungen in Filmen, Farben und Formen der Roaring Twenties, entdecken überraschende Parallelen im Nightlife von heute und Berlins damalige Anziehungskraft neu. Nach und nach begleiten wir den Weg der vier von den ersten Entwürfen bis hin zur Anprobe ihrer Kreationen und können miterleben, wie ihre Vorstellungen als artistische Fantasiebilder Gestalt annehmen. Natürlich ist die Aufregung vor der Abschlußgala groß und Zweifel mischen sich in die Euphorie. Doch nun gibt es kein Zurück mehr - und zum ersten Mal geht es hinaus auf den Catwalk. Dort sehen wir den Mythos der 20er als Lebensgefühl 2008: Vielleicht nicht unbedingt Haute Couture - aber auf jeden Fall sexy! Eine Show zwischen Artistik und Mode. Mal gewagt, mal komisch, mal atemberaubend. Vielleicht etwas verrückt - aber nicht von der Stange.* <

Schade ist es, daß die meisten der heutigen "Kultur-Macher" Erfolg in einer Amerikanisierung (vor allen Dingen der Sprache) suchen, obwohl Europa vom Ural bis zum Atlantik allerhand eigene Begriffe und Bezeichnungen zu bieten hat. Nicht nur beachtenswert, sondern auch begeisternd, sind die artistischen Darbietungen. Harte Arbeit und Disziplin, Dinge, von denen so manche Alten meinen, die Jungen wären dazu nicht fähig, werden fröhlich in einer solchen Revue zu einem kulturellen Ereignis. □

## Leserbrief

Sehr geehrter Herr Kersten!

Mahatma Gandhi hat recht: Wir leben in der Zeit des satanistisch infiltrierten kriminellen Mammonismus.

Das bedingt ein schrankenloses Machtstreben. Die Leute sind in diesem Netz gefangen. Man braucht nur den Slogan von Daimler, als er mit einem bankrotten Unternehmen Chrysler fusionierte, anzuschauen: "Wir wollen Weltmarktführer werden". Dann wundert man sich nicht mehr, daß die Marktanalyse über Chrysler Daimler nicht zurückhielt, zu fusionieren. Danach kam dann die gerade noch aufgefangene Pleite. Auch der Pharmakonzern Pfizer



tönte aus demselben Rohr mit Milliardenumsätzen nebenwirkungsbelastender Medikamente. Da wird die antihumane Komponente deutlich.

In Fernost, Indien, Vietnam und anderen Ländern ist immer noch, und jetzt wieder, die Gewißheit wiederholter Erdenleben deutlich: Jeder hat seine begangenen Fehler in folgenden Inkarnationen abzu dienen. Der Hinweis des Christus auf wiederholte Erdenleben im Mathaeus-Evangelium **Wahrlich, wahrlich, ich sage euch, ihr werdet nicht herauskommen, ehe ihr den letzten Heller bezahlet** wird geflissentlich übersehen. Das Samsararad (Lebensrad) dreht sich trotzdem. In den Regressionstherapien (Rückführungen) werden Menschen mit ihren Fehlern in vergangenen Inkarnationen konfrontiert.

Es macht nachdenklich wenn man erfährt, daß bei einer von einem buddhistischen Mönch einberufenen Réunion (veraltet: gesellschaftliche Veranstaltung) 2000 Jugendliche kommen, die nach dem eigentlichen Sinn dieses Lebens fragen.

Die Machtstrukturen der Märkte und des Finanznetzes, - und jetzt äußere ich etwas anscheinend entsetzlich Utopisches -, müßten abgeschafft und durch humane Strukturen abgelöst werden. Aktien, Privatbanken, Börse, Notenbanken a la FED dürfte es nicht mehr geben.

Daran müßte gearbeitet werden.

Die Gewissenlosigkeit geht so weit, daß ein Aktienbesitzer fragen kann: "Wann beginnt endlich der Irak-Krieg, damit meine Dividenden wieder stimmen".

Mit freundlichem Gruß 28. Mai 2008  
Dr. med. Joachim Mahler □

## Buchvorstellungen

(D.K.) Das Buch *Wege zur Transkommunikation* von Verena van Ogtrop hatte ich bereits vor einiger Zeit im Angebot. Ich stelle Ihnen das Buch mit der Einführung von Ernst Senkowski vor. Sie finden es in der beiliegenden Bestellliste und im Internet unter [www.neuepolitik.com](http://www.neuepolitik.com).

Verena van Ogtrop legt unter dem Titel 'Wege zur Transkommunikation' ein Buch vor, das in Inhalt und Stil das persönliche Engagement einer lebenserfahrenen spirituellen Lehrerin und Heilerin spiegelt. 'Transkommunikation' - ursprünglich als spezielle Bezeichnung der medialen und instrumentell gestützten 'Jenseitskontakte' eingeführt - steht hier im allgemeinsten Sinn für die informatorischen Wechselwirkungen geistiger und materieller Seinsstrukturen.

Selbst in Anbetracht eigener Beobachtungen von Anomalien fällt es einem Physiker nicht leicht, die Vielzahl der auch in diesem Werk zur Beschreibung außergewöhnlicher Phänomene durchgehend benutzten, unscharf definierten Vokabeln bedenkenlos hinzunehmen. Er vermag sich aber mit den einleitenden Wor-

ten des Beitrages von Peter Köhne zu trösten, wonach 'die Radionik', um die es im Kap. 1 in zehn Gesprächen der Verfasserin mit einem virtuellen Patienten geht, 'nicht mit herkömmlichen Betrachtungsweisen erfaßt werden kann'. Tatsächlich befinden sich alle Autoren und Sprecher, die an die Grenzen des 'offiziellen' Wissensbetriebes stoßen oder sie überschreiten, in einem permanenten 'Begriffsnotstand': Sie sind praktisch gezwungen, ihre eher subjektiv-intuitiv als objektiv-meßtechnisch erfaßbaren Beobachtungen und Erlebnisse zu beschreiben, ohne über ein eindeutiges, adäquates, intersubjektiv akzeptierendes Begriffssystem zu verfügen.

Hier ist nicht der Ort, diese Schwierigkeiten in einzelnen zu diskutieren, sie durchziehen die Radiästhesie und Geomantie des Kap. 2 ebenso wie die Betrachtungen der Autorin über 'den Menschen als Antenne' (Kap. 3) und die Homöopathie als vertieften 'Blick in die Werkstatt der Autorin' (Kap. 4). Das folgende Kapitel behandelt die Bemühungen und Erfahrungen der von ihr gegründeten Arbeitsgruppe 'Europäische Meditation'.

Während der anschauliche, durch 12 Skizzen ergänzte Vortrag von Werner Petri über die 'Kraftfelder im Lebensraum des Menschen' auf den überkommenen relativ einfachen Vorstellungen der 'vier Elemente' Erde - Wasser - Luft - Feuer basiert und der breiteren Leserschaft keine Verständnisschwierigkeiten bereiten dürfte, kann das in Kap. 6 ('Kontakte zu anderen Bewußtseinsstrukturen') aufgenommene Interview mit dem Physiker Burkhard Heim zur 'Nichtmateriellen Seite der Wirklichkeit' als echte Herausforderung erscheinen. Wesentlich für den nicht einschlägig vorgebildeten Laien ist hier aber weniger die ihm ungewohnte Ausdeutung der zwölf mathematischen Dimensionen und ihrer Zusammenhänge, sondern vielmehr die theoretisch begründete Existenz einer geistigen Welt, als deren Projektion unsere irdische Welt manifestiert wird. Wenn wir selbst durch unseren Körper und unser Gehirn 'behinderte' Geistwesen sind, besitzen wir grundsätzlich die von den Reduktionisten geleugneten Fähigkeiten der Überwindung von Raum und Zeit und der geistigen Formung der uns materiell erscheinenden Welt.

Bei hinreichender Entwicklung ist also 'Geistiges Heilen', wie im letzten Kapitel des Buches dargestellt, keineswegs unmöglich oder 'paranormal'. Es verdient statt dessen nach Prof. Dr. Andreas Resch korrekterweise die Bezeichnung 'paranormologisch', indem es gegen die uns im frühen Kindesalter und später aufgezwungenen und selbstgeschaffenen Normen verstößt. In Wahrheit handelt es sich 'nur' um die Verwirklichung durchaus normaler Möglichkeiten eines Erbteils, das alle Menschen von Anbeginn in die Wiege gelegt worden ist. Die notwendigen Voraussetzungen sind klar ersichtlich: über allen gelehrten Diskussionen und Terminologien steht die liebende Hinwendung zur Fülle der Erscheinungsformen

der Schöpfung und das unermüdliche Bemühen, überall dort zu helfen und zu heilen, wo Hilfe und Heilung gesucht wird. Liest man Verena van Ogtrops Buch unter diesem Aspekt, so erweist es sich als Lehrbuch, das zur eigenen Entwicklung des Lesers damit zur kosmischen Evolution beizutragen vermag. □

## Veranstaltungen

**Mittwoch, den 30. 6. 2008, 19.00 - 21.00 Uhr**

**Wasser-Vortrag** mit Jörg Schaubberger  
**Ort:** PKS-Villa in Rettenbach bei Bad Ischl in Österreich.

**Ansprechpartner:**

Ingrid und Jörg Schaubberger,  
PKS - Kaltenbach 162,  
A-4820 Bad Ischl, Österreich / Austria,  
Tel. +43/6132/24814,  
Fax. +43/6132/24814-4,  
eMail: schaubberger@pks.or.at

**Sonnabend, den 9. 8. 2008, 10.00 - 18.00 Uhr**

**Wasser-Vortrag und Besichtigungsmöglichkeit der PKS-Villa** mit Jörg Schaubberger

**Ort:** PKS-Villa in Rettenbach bei Bad Ischl in Österreich.

**Ansprechpartner: s. o.**

**Sonnabend, den 27. 9.**

**und Sonntag, den 28. 9. 2008**

**Gedenkwochenende zum 50. Todestag Viktor Schaubergers.**

Am Sonnabend um 20 Uhr Live-Konzert mit simultaner Projektion von Wasserklangbildern durch Alexander Lauterwasser.

Am Sonntag Tag der offenen Tür von 11.00 - 17.00 Uhr mit Führungen und Vorträgen von Jörg Schaubberger.

**Ort:** PKS-Villa in Rettenbach bei Bad Ischl in Österreich.

**Ansprechpartner: s. o.**

**Mittwoch, den 15. 10. bis**

**Freitag, den 17. 10. 2008**

**ECOMOVE = Fachmesse und Kongress für nachhaltige Mobilität**

**Kontakt für Aussteller und Besucher:**

Messe Berlin GmbH,  
Messedamm 22,  
14055 Berlin,

**Projektleitung:**

Heike Hemmer,  
Tel.+49 (0)30-3038-2112, Fax +49 (0)30-30382120,  
eMail: ecomove@messe-berlin.de.

**Kontakt Kongress:**

bsm Bundesverband Solare Mobilität e.V.,  
Hauptstadtbüro  
Bouchéstr. 12,  
12435 Berlin,  
Tel. 030 312 3119, Mobil 0177 312 3119,  
eMail: am@solarmobil.net  
Internet: [www.ecomove-berlin.de](http://www.ecomove-berlin.de)